praktische Arbeit draußen in den Provinzen; dort wollen wir nicht behaglich leben, sondern recht thätig sein, öfter als bisher zusammenkommen und die Agitation besprechen; dazu können die Mittel verwandt werden.

Geiger-Stuttgart: Nach der Meinung der Stuttgarter Parteigenossen sollen Parteitage je nach Bedürfniß abgehalten werden. Es kommen doch neben dem Parteitag auch die Provinzialtage in Betracht. Wir haben in Württemberg jährlich einen Landesparteitag, und außerdem werden auch für die einzelnen Wahlkreise Konferenzen abgehalten. In dieser letzteren Beziehung geschieht heute gewiß sehr viel mehr als vor 20 Jahren. Damals war die Partei noch kleiner, und es war nöthig, daß man jährlich zusammen kam. Heute ist sie viel größer, wir sind über die ganze Bewegung viel mehr auf dem Laufenden, unsere Presse hat eine ganz andere Bedeutung. Wenn man im Auge behält, daß ein außerordentlicher Parteitag immer einberufen werden kann, dürften die Bedenken Bebel's wohl zurücktreten.

Emmel beantragt den Schluß der Diskussion. Hoch bekämpft den Schlußantrag. Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Sämmtliche drei Anträge werden mit großer Majorität abgelehnt.

Der Antrag der Parteikonferenz für den Wahlkreis 13. Hannover:

Den Passus 4 des § 13 der Organisation zu streichen und an dessen Stelle zu setzen: „Der alljährlich stattfindende Parteitag beschließt über die Verwendung der vorhandenen Parteigelder", findet nicht die genügende Unterstützung.

Genossen in Rintelen a. d. W. und Exten beantragen:

Die Diäten der Delegirten zum Parteitage aus der Parteikasse zu bezahlen.

Bartels-Wernigerode: Jeder Wahlkreis könne laut Organisationsstatut 3 Delegirte entsenden; das werde geschehen, wenn die Parteikasse für die Kosten aufkomme. Dann entständen mindestens 60 000 Mark Unkosten, die weit zweckmäßiger zur Agitation verwendet würden. Die Provinzial-Komitees sollten sich besser organisiren und dafür Sorge tragen, daß auch die ärmeren Kreise einen Delegirten entsenden könnten.

Niehoff-I. Hessen: Das Organisationsstatut hindert es bis jetzt, daß gerade die ländlichen Bezirke, wo das größte Elend herrscht, sich auf dem Parteitage vertreten lassen können. Die größeren Städte haben 2, 3 Delegirte hier; weit vortheilhafter wäre es, wenn die ärmeren ländlichen Wahlkreise mehr vertreten wären.

Auf Antrag Lingner-Achim wird die Debatte geschlossen und der Antrag Rintelen gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Die auf Seite 14 und 15 unter den Vorlagen an den Parteitag aufgeführten Anträge: Genossen in Bielefeld, Eckwarth-

B

Hamburg, Kamenz-Berlin, Eggert-Friedrichsberg, kommen mangels genügender Unterstützung nicht zur Verhandlung. Ueber die ebendort aufgeführten Anträge: Rebs-Weißenfels und Parteigenossen in Düsseldorf erfolgt Uebergang zur Tagesordnung.

Auch die während der Verhandlungen eingereichten Anträge:

1. König-Witten: „Um den jetzt mehrfach bei den Delegirtenwahlen zum Parteitage vorgekommenen Eventualitäten vorzubeugen, beschließt der Parteitag, das Statut dahin abzuändern, daß § 9 ad 1 dahin lautet:

Die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, welche in öffentlichen Parteiversammlungen oder, sofern die Ausdehnung des Wahlkreises die allgemeine Theilnahme der Parteigenossenschaft an einer solchen Versammlung erschwert oder verhindert, in Delegirten- resp. Kreiskonferenzen der betr. Wahlkreise zu wählen sind, mit der Einschränkung" u.s.f. wie im geltenden Statut;

2. Auer, Bebel, Fischer, Gerisch und Singer: dem § 17 des Statuts folgenden Inhalt zu geben:

„Das Gehalt des Chef-Redakteurs bestimmt der Parteitag",

3. Galm-Offenbach: Hinter § 9 ad 1 zu setzen:

Die Delegirten werden in öffentlichen Versammlungen bezw. Wahlkreiskonferenzen gewählt; unzulässig ist, von einem besonderen Orte aus Delegirte nachzuwählen.

Den zweiten Passus der Nr. 1 zu streichen.

finden nicht die zur Erörterung nothwendige Dreiviertelmehrheit.

Damit sind die zur Organisation vorliegenden Anträge und somit auch Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Meist-Köln verkündet namens der Mandats-Prüfungskommission das Resultat der Wahl zur Kommission in Sachen der Solinger Angelegenheit.

Abgegeben sind 211 Stimmzettel; 5 davon waren ungiltig. Gewählt sind: Koenen-Hamburg 140, Hoffmann-Zeitz 119, Ehrhart 113, Stolle 104, Metzner-Berlin 100, Winterblum-München 98, Gerisch 95.

Zugleich giebt Meist Namens der Mandats-Prüfungskommission bekannt, daß Genosse Thierbach sein Mandat zurückgezogen hat.

Der Parteitag geht über zum

Punkt 5 der Tagesordnung:

Die Maifeier 1893.

Dazu liegt folgende Resolution vor:

Im Anschluß an die auf dem Brüsseler Kongreß angenommene Resolution beschließt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie:

B

Als Tag der Feier gilt der 1. Mai. An diesem Tage demonstrirt die klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft mit den klassenbewußten Arbeitern der ganzen Welt für den Achtstundentag und die internationale Regelung der Arbeiterschutzgesetzgebung im Sinne der bekannten Pariser Resolution.

Um die Feier zu einer einheitlichen, und dadurch in ihre Wirkung nach außen zu einer möglichst imposanten zu gestalten, beschließt der Parteitag, daß, wie im Vorjahre so auch in Zukunft, die Leitung der Feier der politischen Organisation, der Partei, zufällt.

Als die würdigste Form der Feier erachtet der Parteitag die Arbeitsruhe. Da jedoch weder durch die Beschlüsse des internationalen Kongresses in Paris, noch durch die des Kongresses in Brüssel die Arbeitsruhe zur unbedingten Pflicht gemacht, es vielmehr den einzelnen Nationen überlassen wurde, den gegebenen Umständen gemäß zu handeln; da ferner die Art der Feier durch die jeweilige Geschäfts-Konjunktur in erster Linie mit bestimmt wird, beschließt der Parteitag eine für alle Zeit giltige Norm nicht zu schaffen, sondern die Bestimmung über die Art der Feier den jährlichen Parteitagen zu überlassen.

Mit Rücksicht auf die zur Zeit herrschende wirthschaftliche Misère, die einen geschäftlichen Aufschwung bis zum nächsten Frühjahr als völlig ausgeschlossen erscheinen läßt, hält der Parteitag die Proklamirung der allgemeinen Arbeitsruhe für den 1. Mai 1893 als undurchführbar und beschließt daher, die Feier am Abend des 1. Mai abzuhalten.

Referent Albin Gerisch-Berlin: Der auf dem internationalen Kongresse in Paris gefaßte Beschluß, den 1. Mai eines jeden Jahres als Arbeiterfeiertag für die gesammte klassenbewußte Arbeiterschaft der ganzen Welt zu betrachten, wurde sowohl mit allseitiger Begeisterung gefaßt als auch überall mit Begeisterung aufgenommen, wo Proletarierherzen schlagen. Doch hat dieser Beschluß, wie kaum einer, zu mannigfachen Meinungsdifferenzen Veranlassung gegeben, zwischen den Genossen der einzelnen Länder sowohl als auch der verschiedenen Nationen untereinander. Der Umstand, daß nach dem Brüsseler internationalen Kongreß auch der nächstfolgende in Zürich sich wieder mit der Maifeier beschäftigen wird, beweist zur Genüge, daß die praktische Gestaltung der Maifeier auch heute noch gegenseitiger Verständigung bedarf. Ueber die erste Maifeier bei uns will ich nicht reden, über sie ist in Halle eingehend diskutirt worden. Aber die Erfahrungen, die wir mit dieser ersten Feier gemacht hatten, veranlaßten bekanntlich die Fraktion, im Februar 1891 eine Kundgebung an die deutsche Arbeiterschaft zu erlassen, in der gesagt wurde, daß die Fraktion den deutschen Arbeitern empfehle, die Feier am ersten Sonntag im Mai zu begehen und weiter dahin zu

B

wirken, daß auch für die Zukunft der gleiche Tag festgehalten würde. In dieser Weise haben wir in den folgenden Jahren die Maifeier gefeiert und dabei die Ueberzeugung gewonnen, daß eine wirkliche einheitliche Maifeier, wenn die großen Massen würdig an ihr theilnehmen sollen, nur an einem Sonntage möglich ist. Nachdem aber der Kongreß in Brüssel gesprochen und unsere dort anwesenden Delegirten sich seiner Auffassung angeschlossen haben, können wir nicht mehr wie früher die Maifeier am ersten Sonntag des Mai begehen. Wir haben uns also an den 1. Mai zu halten.

Eine weitere Frage ist, wer die Feier leiten soll. Die erste Feier wurde bekanntlich hauptsächlich von den gewerkschaftlichen Vereinen geleitet. Die zweite wurde theils von der politischen Partei und theils von den Gewerkschaften geleitet und die diesjährige Maifeier wurde fast ausschließlich von der politischen Partei in die Hand genommen und sie ist dazu wohl auch am geeignetsten. Die Partei hat überall Vertrauensmänner, nicht so aber eine gewerkschaftliche Organisation. Was also bisher in der Praxis sich stillschweigend ausgebildet hat, muß durch einen Beschluß festgelegt werden. Es fragt sich nur, in welcher Weise wir die Feier begehen wollen, und da ist zweifellos die würdigste Form die allgemeine Arbeitsruhe, falls diese möglich ist. Bereits 1891 hat die Fraktion mit Rücksicht auf die damalige schwere wirthschaftliche Krise von dieser Form absehen zu müssen geglaubt; um wie viel schwieriger würde es heute sein, die allgemeine Arbeitsruhe zu proklamiren, wo die Nothlage sich noch verschärft hat! Zwar werden heute wohl nicht mehr in gewissen Kreisen jene Hoffnungen gehegt, wie sie Fürst Bismarck hegte, an der Spitze des Ministeriums einen schneidigen General zu haben, der darauf ausginge, die Sozialdemokratie vielleicht zu einem Putsch zu bewegen, sie in einen Straßenkampf zu verwickeln und ihr einen gehörigen Aderlaß angedeihen zu lassen, aber anderseits hat sich die Situation für uns insofern verschoben, als wir es jetzt in Deutschland nicht mehr mit einzelnen Unternehmern, sondern nur noch mit Unternehmerverbänden zu thun haben. Unsere gewerkschaftliche Organisationen sind wegen der Misère der letzten Zeit keineswegs dem Ansturm der Unternehmer gewachsen und wir können es von unserem Standpunkte nicht gut verantworten, gerade unsere besten und tüchtigsten Kämpfer dem Feinde in einem vornherein verlorenen Kampf auszusetzen. Nun hat Genosse Adler in seiner Begrüßungsrede mit Recht darauf hingewiesen, daß diese Angelegenheit beispielsweise in Oesterreich eine ganz andere, eine erhöhte Bedeutung besitzt als bei uns, weil den österreichischen Genossen eine ganze Reihe von politischen Rechten mangelt. Wir aber sind in der Lage, unsere Wünsche, Anschauungen und Grundsätze in ganz anderer Weise nach außen zum Ausdruck zu bringen, als durch die Maifeier. Wir müssen

B

uns auch stets fragen, ob die Opfer, die eine Sache erfordert, im Verhältniß stehen mit dem Zweck und Nutzen derselben. Und da sage ich, wenn wir in der Lage sind, fortgesetzt diese unsere Wünsche im Parlament zum Ausdruck zu bringen, wenn unsere ganze politische Thätigkeit eine fortgesetzte Demonstration für unsere Grundsätze ist, so können wir unter diesen besonders ungünstigen Umständen sehr wohl auf eine Demonstration in Form der allgemeinen Arbeitsruhe verzichten. Wir schlagen dieselbe vor mit Rücksicht auf die z. Z. herrschende wirthschaftliche Misère, und da ein geschäftlicher Aufschwung bis zum nächsten Jahre ausgeschlossen ist, die nächste Maifeier am Abend des 1. Mai abzuhalten. Den Genossen der anderen Länder, speziell Oesterreichs, denen dies eine gewisse Enttäuschung bereitet hat, möge dabei gesagt sein, daß nur die Rücksicht auf die eigenartigen Umstände, unter denen wir uns einmal in Deutschland auch unter der neuen Gewerbeordnung befinden, uns veranlassen, die Sache so zu machen. Und ich glaube, daß die Genossen aus ganz Deutschland bei ruhiger Ueberlegung einsehen werden, daß wir nicht anders handeln können. Daß wir den Gedanken der Brüderlichkeit, der Solidarität der Arbeiter aller Nationen auch hierbei nicht außer Augen lassen, ist selbstverständlich. Die Genossen werden gerade jetzt Gelegenheit haben, draußen im Lande vor größeren Volksmassen derartige Fragen zu behandeln, und sie werden sich überzeugen, daß nichts so begeisternden allseitigen Beifall findet als der Hinweis, daß wir mit den Arbeitern aller Länder solidarisch verbunden sind. Es fällt uns nicht ein, bis in die fernsten Zeiten der Maifeier eine feste Norm geben zu wollen. Die Form der Maifeier durch allgemeine Arbeitsruhe ist aber nur unter zwei Voraussetzungen möglich. Entweder die wirthschaftliche Konjunktur ist eine so überaus günstige, daß der Unternehmer es überhaupt nicht auf einen Konflikt ankommen läßt, oder aber unsere Macht ist bereits so groß, die Massen stehen bereits in so großem Umfange zu uns, daß wir auch bei den ungünstigsten Verhältnissen es wagen können, unsere Gesetze zu diktiren. Ist aber das letztere der Fall, besitzen wir die Massen, dann wäre es doch eigentlich ein Frevel, noch zu demonstriren, dann sind wir vielmehr verpflichtet, die Hand anzulegen, um die Verhältnisse selbst umzugestalten. Daß wir noch nicht bis zu diesem Punkte gelangt sind, wissen wir Alle.

Aus allen diesen Gründen sind wir dazu gekommen, Ihnen die Resolution in der vorgeschlagenen Form zu unterbreiten. Es wird unsere Aufgabe sein, auch in der Weise, wie es hier empfohlen wird, zu demonstriren und den Gedanken einer allgemeinen internationalen Solidarität ebenso überzeugend und nachhaltig zum Ausdruck zu bringen, wie ihn die Genossen anderer Länder zur Ausführung bringen, den großen Gedanken, der auf den inter-

B

nationalen Kongressen zum Ausdruck gekommen ist und von Seiten der deutschen Arbeiter stets nach allen Seiten hin bethätigt worden ist. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende schlägt nunmehr mit Rücksicht auf die Vorbereitungen zu dem heute Abend im Sitzungssaale stattfindenden Kommers vor, die Verhandlungen abzubrechen.

Nachdem der Vorsitzende noch einige Begrüßungsschreiben verlesen, schließt er die Sitzung nach 6 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 17. November.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Gottlieb.

Der Genosse Görges-Stendal-Osterburg ist geschäftlicher Angelegenheiten halber abgereist.

Es liegt abermals eine Reihe von Begrüßungsschreiben und -Telegrammen vor. Mit großer Heiterkeit nimmt die Versammlung die Mittheilung auf, daß die Telegraphenverwaltung in Tilsit aus dem Telegramm der dortigen Genossen das Wort „revolutionär" konfiszirt hat.

Hierauf wird in die gestern Abend vertagte Berathung der Resolution betr. **die Maifeier 1893** eingetreten.

Es liegen hierzu folgende Anträge resp. Amendements vor.

1. Vom Genossen Vollmar: „In der Resolution zur Maifeier
   1. den Schluß des Absatzes 4 nach dem Worte „Parteitag" zu streichen und
   2. dem Absatz 5 folgende Fassung zu geben:

   „Mit Rücksicht auf die zur Zeit herrschende wirthschaftliche Nothlage, die einen Aufschwung für die nächste Zeit als ausgeschlossen erscheinen läßt, hält der Parteitag die Proklamirung der allgemeinen Arbeitsruhe vorläufig für undurchführbar und beschließt daher, die Feier am Abend des 1. Mai abzuhalten."

2. Von Genossen von Bielefeld, 3. Hamburger Wahlkreis, Elberfeld, Reutlingen, Lübeck, Harburg und Salomon-Wriezen: Für die Maifeier einen einheitlichen Tag festzustellen und zwar den ersten Sonntag im Mai.

3. Von Parteigenossen in München: Die Maifeier in gleicher Weise abzuhalten wie bisher, am 1. Mai Abends Demonstrations-Versammlungen, am Sonntag darauf das eigentliche Fest.

4. Theiß-Hamburg II. und ebenso Hoch-Frankfurt a. M. beantragen eine Erweiterung der Resolution Gerisch dahin, daß weitergehende Veranstaltungen dort, wo es thunlich sei, am

B

Sonntag in Scene zu setzen, den Genossen an den einzelnen Orten unbenommen bleiben soll.

5. Löwenstein-Nürnberg beantragt, zu beschließen, daß die Feier am Abend des 1. Mai, die Demonstrationen aber am darauf folgenden Sonntag stattfinden sollen.

Dreyer-Göttingen: Ich bin beauftragt, dafür einzutreten, daß die Maifeier am ersten Sonntag im Mai gefeiert wird. Natürlich sind wir auch dafür, daß am 1. Mai Abends, wo es möglich ist und ein Lokal zur Verfügung steht, eine kurze Versammlung stattfindet. Aber am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, ist wenigstens in meinem Wahlkreise vor der Hand nicht möglich.

Theiß-Hamburg: Es ist wohl kein Genosse in diesem Saale, der die vorliegende Resolution ihrem Wortlaute nach so recht freudigen Herzens annehmen dürfte. Wir können uns nicht verhehlen, daß dieselbe im Auslande keine besondere Sympathie finden wird. Ich habe selber vor zwei Jahren mein Möglichstes dazu gethan, um in demonstrativer Weise in Hamburg dem Beschluß des Pariser Kongresses Rechnung zu tragen. Ich meine aber, daß die praktischen Erfahrungen belehrend auf uns einwirken sollen; wir haben unsere eigenen Kräfte abzuschätzen und danach unsere ganze Taktik einzurichten. Die damaligen Erfahrungen waren bitterer Art, und darum, nicht den Arbeitgebern zu Liebe, sondern im Interesse unserer selbst, zur Erhaltung derjenigen moralischen und physischen Mittel, welche nothwendig sind, um weiter arbeiten zu können, ziemt es uns, jetzt in den sauren Apfel dieser Resolution zu beißen. Wir Hamburger speziell haben aber ein Interesse daran, daß die Resolution im Sinne unseres Antrages erweitert wird. Wir haben schon mehrere Male in großartiger Weise demonstrirt, und das ist auf die große Masse der Bevölkerung, nicht nur auf die Sozialdemokraten, von agitatorischer Wirkung. Die Masse wird dadurch gezwungen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Diese agitatorische Wirkung zu erzielen würde uns nach dem Wortlaut der Resolution unmöglich gemacht werden. Geben Sie also durch Annahme unseres Antrages den Hamburgern die Möglichkeit, wie bisher in nachdrücklicher Weise für die Maibewegung einzutreten. Diese Frage schneidet tief ein in die ganzen Verhältnisse des Proletariats. Wir wollen und müssen den Achtstundentag haben, dem Proletariat eine kurze Arbeitszeit schaffen, diese Forderung wollen wir nicht aufgeben, auch wenn wir die Maifeier im Allgemeinen nicht so begehen, wie wir es Alle wollten.

Dr. Adler-Wien: Ich möchte vor Allem feststellen: Ihre Resolution enthält einen kleinen sachlichen Irrthum. Der Brüsseler Beschluß lautet nicht, daß es den einzelnen Nationen überlassen bleibt, den gegebenen Umständen gemäß zu handeln, sondern er lautet: es wird die Arbeitsruhe empfohlen, und nur da, wo sie unbedingt unmöglich ist, ist davon abzusehen. Sie werden zugeben, daß das etwas völlig anderes ist. Wir Oesterreicher haben Ihre politischen Rechte, Ihr Wahlrecht nicht, und der Partei-Vorstand sagt Ihnen: ja die Oesterreicher, die können und müssen die Maifeier haben, weil sie eben das Wahlrecht nicht haben. Wenn wir auch das Wahlrecht hätten oder haben werden, so wird die Maifeier bei uns immer eine große Rolle spielen, denn wir fassen unsere Bewegung nicht als eine ausschließlich politische auf. Wir glauben, daß die Sozialdemokratie noch lange nicht so groß ist, wie die Massen, die in Bewegung sind und in Bewegung gebracht werden sollen. Und in diese Massen hinaus wirkt der erste Mai, in Oesterreich wenigstens, durch die Arbeitsruhe und nur durch sie. Der Hamburger Redner hat es selbst sehr gut gefühlt und empfunden, daß auf die indifferenten Massen eingewirkt werden muß. Sie müssen bedenken, daß in Oesterreich, in Frankreich Ihre Haltung nicht begriffen werden wird. Wir haben dieselben Schwierigkeiten wie Sie. Wir haben 1890 bei der ersten Maifeier den Kanonen wirklich gegenüber gestanden. Sie sind wirklich aufgefahren worden, und wenn man hier erst einen schneidigen General gesucht hat, wir haben ihn. Aber gerade die Einmüthigkeit, das entschlossene Vorgehen bei der ganzen Bewegung hat den Leuten imponirt. Wäre in Deutschland und in England und überall von vornherein die Haltung eingenommen worden wie wir sie einnahmen, so wäre die Schlacht für uns gewonnen worden. (Sehr gut!) Ob sie heute noch zu gewinnen ist, weiß ich nicht. Auch bei uns hat sich das Unternehmerthum ganz anders organisirt und zentralisirt als früher. Trotzdem aber wurde auf dem Wiener Parteitag beschlossen, und es wird ausgeführt werden, daß der 1. Mai mit Arbeitsruhe gefeiert wird. Die Rücksicht auf die Gegner ist hier nicht maßgebend. Wenn wir thun wollten, was sie gerne sehen, so würden wir überhaupt wenig machen. Wir sehen nur darauf, ob die Arbeiterschaft am Orte aus der Fabrik herauszubringen ist, ob sie mitgeht, und da sage ich Ihnen, daß trotz der schweren Schläge, die wir 1891 gehabt haben, auch im nächsten Jahre die Maifer aufrecht erhalten werden wird. Freilich ist bei uns der erste Mai immer ein Feiertag gewesen, aber nur für die Bourgeoisie. Wir haben den Feiertag auch dem Arbeiter gegeben und nun würde man es nicht begreifen, wenn wir ihn aufgäben. Ich gebe ja zu, daß die Verhältnisse für das nächste Jahr sehr ungünstig liegen, aber wir würden im höchsten Grade unklug in Oesterreich handeln, wenn wir die Schlacht bereits verloren gäben, ehe sie uns von den Unternehmern angeboten ist. Nun sprach man hier von einer Feier am Abend des 1. Mai. In Oesterreich ist es uns ganz unmöglich, daß wir die Feier auf den Abend verlegen und zwar deshalb, weil wir dazu den 1. Mai garnicht brauchen. Wir können ja eben so gut am

15. Juli oder am 18. August oder am 1. Oktober so viel Abend-Unterhaltungen und -Versammlungen veranstalten, damit würde die Bedeutung des 1. Mai für uns vollständig verloren gehen. Das mag bei Ihnen anders sein, aber ich glaube, daß Sie sich an das Urtheil der Geldsäcke nicht zu kehren brauchen. Nur noch eins! Auf dem Wege nach rückwärts giebt es nirgends einen Halt, auch bei uns nicht. Ich habe bereits in meinen Begrüßungsworten gesagt: wenn Sie vorwärts gehen, werden Sie die Oesterreicher an Ihrer Seite finden. Aber erlauben Sie, daß ich Ihnen sage: Sie werden uns an Ihrer Seite finden nur wenn Sie vorwärts gehen, wenn Sie rückwärts gehen, nicht! (Beifall.)

Dempwolf-Mannheim: Ich erkläre vorweg, daß die Mehrzahl meiner Mandatgeber in dieser Frage mit mir nicht einverstanden ist. Ich bin der Ueberzeugung, daß der Arbeiter-Weltfeiertag seinen eigenartigen Charakter nur dann haben wird, wenn die Arbeit am 1. Mai niedergelegt wird. Den Unternehmern muß die Macht der Arbeiterschaft gezeigt werden, und dies kann nur durch Niederlegung der Arbeit geschehen. Wenn auf die schlimmen Folgen der Arbeitsniederlegung am 1. Mai namentlich in Hamburg hingewiesen wurde, so liegt die Ursache hauptsächlich an der bekannten Aufforderung, welche die Fraktion seiner Zeit erlassen hat. Die Unternehmer können doch nicht auf die gesammten sozialdemokratischen Arbeiter verzichten. Wenn es in Oesterreich geht, wo das Unternehmerthum, das Kapital die Arbeiter weit mehr brutalisirt, als bei uns, warum soll es bei uns nicht gehen? (Zwischenrufe.)

Auch in der Schweiz hat man versucht, die sozialdemokratischen Arbeiter einzuschüchtern, indem man sie auf das Beispiel der deutschen Führer hinwies. Die Arbeiterschaft in der Schweiz hat sich aber doch nicht abhalten lassen, in ihrer Art den 1. Mai zu feiern. In Luzern haben die Fabrikanten auch ihre Macht zeigen wollen und beschlossen, jeden Arbeiter, der den 1. Mai feiert, auf die Straße zu setzen. Aber gerade durch diesen Beschluß wurde die gesammte Arbeiterschaft in ihrem Freiheitsgefühl gefaßt, und es wurde beschlossen, den 1. Mai durch einen Umzug zu feiern. Gerade jetzt, wo die Arbeitgeber in brutalster Weise dem Arbeiter seine bürgerlichen Rechte zu rauben gewillt sind, sollten wir zeigen, daß wir eine Macht sind. Erläßt die Fraktion einen Aufruf, daß am 1. Mai gefeiert wird, dann bin ich der Ueberzeugung, daß die Fabrikanten gar nicht in der Lage sind, mit Entlassungen vorzugehen.

Arndt-Paris beantragt im Namen der deutschen Genossen in Paris, die Maifeier am 1. Mai durch Niederlegung der Arbeit zu begehen.

Schmidt-Friedberg: Ich bestreite dem Genossen Adler und dem letzten Redner, daß die Sozialdemokratie heute bereits so gewachsen ist, daß sie von ihrer Macht einen solchen Gebrauch machen kann. Würde die Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen, so

würde vielleicht nur eine kleine Anzahl von Genossen diesen Beschluß ausführen. (Zustimmung.) Wir müssen aber auch den kleinen Orten die Möglichkeit einer Demonstration offen lassen. Wir sind deshalb in Friedberg für eine Begehung des 1. Mai am Abend und für die eigentliche Demonstration am Sonntag eingetreten. Die Demonstration muß nicht an einem einzelnen Orte großartig, sondern in allen Orten möglichst gleich und sympathisch ausfallen, wenn sie als Agitationsmittel für neu zu gewinnende Kreise dienen soll. Sie zwingt die indifferente Masse heran, und man sollte deshalb bei der Maifeier gerade das platte Land nicht unberücksichtigt lassen.

Vollmar: Ich bekenne, daß ich, als die Maifeier zum ersten Male gefeiert wurde, einer Derjenigen war, welche einer Arbeitsniederlegung sehr zuneigten. Mit mir haben es auch die Münchener Genossen gethan, und wir haben 1890 in München in der That vollkommen die Arbeit niedergelegt. Aber es wäre thöricht, die Erfahrungen, welche man an einem Orte gemacht hat, so ohne Weiteres auszudehnen, einen Schluß für ganz Deutschland daraus zu ziehen. Es hat sich schon 1890 — und wir hatten damals wesentlich bessere Arbeitsbedingungen als jetzt — gezeigt, daß die allgemeine Arbeitseinstellung in Deutschland nicht möglich war. Wir wollen uns jetzt nicht mehr über den Hamburger Fall streiten. Aber soviel ist gewiß, daß Hamburg damals nicht nur selbst außerordentliche Opfer hat bringen müssen, sondern daß ganz Deutschland Monate lang ausschließlich für diese Arbeitseinstellung Opfer zu bringen hatte. (Zustimmung.) Adler sagt uns, natürlich sei das den Geldsäcken unangenehm, wenn wir die Arbeit einstellen; wir hätten uns jedoch nicht nach den Geldsäcken zu richten. Wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, daß wir gerade das thun, was den Geldsäcken unangenehm ist, dann geben wir gerade den Geldsäcken die Möglichkeit, uns zu beeinflussen. Nichts könnte ihnen angenehmer sein als eine Arbeitsniederlegung in dieser arbeitslosen Zeit. Adler vergißt auch vor Allem das Eine, daß wir in unserem neueren Arbeitertrutz eine Bestimmung haben, welche, wenn sie nicht ganz besonders auf die Maifeier zugeschnitten ist, jedenfalls sich ausgezeichnet als Werkzeug zur Maßregelung verwenden läßt; das ist der Kontraktbruchparagraph. Dieser Gesichtspunkt ist aber für mich noch garnicht ausschlaggebend. Wir würden uns aber außerordentlich täuschen und uns selbst Illusionen machen, wenn wir glaubten, daß in Deutschland auch nur ein Viertel oder ein Zehntel der Arbeiter dazu bereit sei, die Arbeit niederzulegen. Schon 1890 ist das nicht möglich gewesen; heute ist es noch viel weniger möglich. Heute leiden die Leute nicht an Arbeitsüberfluß, sondern an Ueberfluß von Arbeitsmangel, und geradezu thöricht wäre es von diesen Leuten, die kaum hinreichend zu arbeiten haben, wenn sie auch das noch

gegenwärtig aufs Spiel setzten blos wegen einer Demonstration. Nun ist noch ein Anderes hervorzuheben. Adler hat gesagt, wir sollten diese Frage nicht gleichgiltig nehmen. Nein, gewiß ist uns das nicht gleichgiltig, aber wenn wir die Frage nicht unterschätzen, so dürfen wir sie doch auch nicht überschätzen. Ich komme wahrlich nicht in die Gefahr, als ob ich die Arbeiterschutzbestimmungen unterschätzte und für gleichgiltig hielt; aber immerhin bilden alle diese Bestimmungen in ihrem weitesten Umfange nur ein untergeordnetes Glied in unserem gesammten Programm und in der gesammten Bewegung, und wenn wir für viel weiter gehende Dinge, als hier in Frage stehen, demonstriren wollten und Opfer zu gewärtigen haben würden, wie sie beim Beschluß einer allgemeinen Arbeitsniederlegung ganz zweifellos sind, würden wir dann einen entsprechenden Beschluß fassen? Ich sage: nein. Man würde hier ganz ruhig darüber debattiren und schließlich sagen, das Allgemeine, die ganze Bewegung hat für uns mehr Werth, als das augenblickliche Stück, die Demonstration. Um wie viel weniger können wir für die beschränkten Rechte, die hier in Frage stehen, die Parteiexistenz aufs Spiel stellen. Man spricht von einem Agitationsmittel zur Heranziehung von Indifferenten. Gut! Wir ziehen sie heran, wir veranlassen sie, die Arbeit niederzulegen; und knüpfen sich nun die unausbleiblichen Folgen daran, dann kommen sie und sagen: nun unterstützt uns! Und wenn wir kein Geld, sie zu unterstützen, haben, was dann? Diese Agitation ist also nicht von Nutzen.

Ich stehe daher auf dem Standpunkte der heurigen Art der Maifeier und bitte Sie, diese Art jetzt zur maßgebenden zu machen. Daß alle Jahre nun Beschluß gefaßt werden soll, ist eine ganz unglückliche Fassung. Die wirthschaftlichen Verhältnisse sind der Art, daß für die nächsten Jahre Aussicht auf eine Aenderung nicht vorhanden ist. Ich bitte Sie deswegen, den betreffenden Passus zu streichen und auszusprechen, daß vorläufig, bis zur weiteren Beschlußfassung, der Beschluß von heute überhaupt gelten und nicht jedes Jahr von Neuem in Frage gestellt werden sollte. Adler hat sehr wirkungsvoll seine Rede damit geschlossen, daß er sagte, die Oesterreicher werden immer auf Eurer Seite sein, wenn Ihr vorwärs geht, nicht aber, wenn Ihr rückwärts geht. Wenn ein Beschluß, der nach reiflicher Ueberlegung unter gründlicher Kenntniß der Verhältnisse gefaßt wird, der ausgeht von der Ueberzeugung, daß ein früherer Beschluß unter den jetzigen Verhältnissen nicht durchgeführt werden kann, ein Rückzug genannt wird, so ist das ganz gleichgiltig; aber etwas Ungeschickteres in politischen Dingen kann es nicht geben, als wenn man etwas, auch wenn man einsieht, daß es undurchführbar sei, eigensinnig festhält, blos um sich nicht sagen zu lassen, daß man seinen Entschluß geändert habe. Die österreichische Sozialdemokratie mag blühen, gedeihen und sich entwickeln. Sie wird uns bei jedem Vorwärtsschreiten auf ihrer Seite sehen, und die Genossen dort mögen ja nicht meinen, daß, wenn wir aus praktischen Gründen den Beschluß fassen, nicht Alles auf Eine Karte zu setzen, welche nur ein kleiner Theil unsrer Gesammtforderungen umfaßt, wir den Rückzug angetreten haben. Die deutsche Sozialdemokratie wird so gut, wie die österreichische nicht rückwärts, sondern nach jeder Richtung vorwärts gehen! (Beifall.)

B

Schweer-Hamburg: Die Arbeitslosigkeit der Massen ist in Hamburg so groß, fremde Arbeitskräfte sind so zahlreich vorhanden, daß die Unternehmer wiederum eine Aussperrung vornehmen können, wenn der 1. Mai gefeiert wird, und dann würde Hamburg eine geradezu kolossale Niederlage erfahren. Alle die alten Genossen, die in den Fabriken arbeiten, können wir dann nicht unterstützen. Immer sind es die besten Genossen, die in erster Linie feiern müssen und dann auch in der Agitation nicht thätig sein können. Wir verlieren dann die Kämpfer in ihnen ganz und gar. Wir wollen die Maifeier durch Massenversammlungen am Abend begehen, im Weiteren aber durch eine Demonstration am ersten Sonntag nach dem 1. Mai.

Diederich-Dortmund beantragt folgende Fassung des Absatz 4:

Die würdigste Form der Feier ist die Arbeitsruhe; der Parteitag empfiehlt deshalb, in Volksversammlungen überall entscheiden zu lassen, ob am 1. Mai Arbeitsruhe eintreten und wie die Feier abgehalten werden soll.

Grünwald-Hamburg: Ich habe die Ueberzeugung und ein großer Theil der Hamburger Genossen steht auch heute noch auf diesem Standpunkte, daß, wenn vor zwei Jahren die Fraktion schärfer eingegriffen hätte, wir überhaupt die Möglichkeit ein für alle Mal gewonnen hätten, den 1. Mai zu feiern. Aber unter den gegebenen Verhältnissen können wir nicht dafür eintreten, daß im nächsten Jahr am 1. Mai die Arbeit ruhen soll. Wir wollen nicht blos den 1. Mai feiern, wie die Resolution will, sondern daß dort, wo die Verhältnisse besonders liegen, auch anders demonstrirt werden kann und soll. Wie leicht der Kleinmuth einzieht, dafür brauche ich nur darauf zu verweisen, daß, nachdem 1890 die Maifeier uns so verdorben war und so große Opfer gefordert hatte, im Jahre 1891 die drei Vereine zu dem Beschluß kamen, den 1. Mai überhaupt nicht zu feiern. Die Folge war eine allgemeine Empörung, und über die Köpfe der Vorstände hinweg wurden doch die Feier und die Demonstrationen veranstaltet, wie kaum in einem anderen Orte. Wenn das überall konsequent durchgeführt würde, würden wir auch einen wirklichen Erfolg überall erzielen. Wir werden das auch weiterhin thun und bitten Sie, auf alle Fälle unsern Zusatzantrag anzunehmen.

B

Salomon-Wriezen-Ober-Barnim: Man spricht hier nun viel von einer Demonstration gegen die Fabrikanten. Handelt es sich denn blos um eine Demonstration gegen diese? und blos um eine Demonstration der Fabrikarbeiter? Der größere Theil der Arbeiter sind doch Landarbeiter. Ich vertrete hier einen ländlichen Kreis, der wenig Industrie besitzt. Auch diese Landarbeiter haben den Wunsch, zu demonstriren und dadurch nach oben kund zu geben, daß die Gesetzgebung gezwungen werden soll, endlich einmal mit der Regelung der Arbeitszeit, mit der Verkürzung Ernst zu machen. Am Abend die Feier zu begehen, ist für den Landarbeiter unmöglich, der kennt im Mai gar keinen Abend. Und wäre etwa Herr von Mirbach ein israelitischer Führer, er würde sagen: Lieber Gott, laß die Sonne über Deutschland nicht untergehen, damit die Leute ununterbrochen arbeiten können! Für Landarbeiter beginnt der Abend im Mai erst um zehn, wenn er auf Deputat steht, erst um 11 Uhr. Für den gäbe es also blos eine Nachtdemonstration. Ich beantrage, daß am ersten Sonntag im Mai demonstrirt werden soll. Wenn dann alle Arbeitermassen, auch die ländlichen dahinter stehen, dann wird der Eindruck erst der richtige sein; dann wird auch die Regierung Stellung nehmen müssen und eine Aenderung der Verhältnisse einleiten.

Von den Dresdener Delegirten wird der durch Schönfeld begründete Antrag gestellt, dem Absatz 4 der Resolution folgende Fassung zu geben:

> Als die würdigste Form der Feier erachtet der Parteitag die Arbeitsruhe und empfiehlt den Genossen überall da, wo es ohne nennenswerthe Schädigung geschehen kann, die Arbeit niederzulegen. Auf jeden Fall aber sind am Abend des 1. Mai der Bedeutung des Tages entsprechende Veranstaltungen zu treffen.

König-Witten: Wie in Hamburg, so steht es auch bei uns in Westfalen. Gerade die Bergarbeiter, die doch zu den Arbeiterbataillonen ein großes Kontingent stellen, sind momentan in äußerst mißlicher Lage. Schon jetzt werden jede Woche Feierschichten von den Arbeitgebern dekretirt. Auch macht die gegenwärtig in ganz Deutschland vorhandene Geschäftsflaue unsere Position noch schwieriger. Denn heutzutage findet man in den Gruben Professionisten aller Art. Die Arbeiter sind also dort absolut nicht im Stande, den ersten Mai diesmal durchweg zu feiern. Mit dem Abend ist auch nichts anzufangen, da die Schichten von 2 bis 2 Uhr laufen. Außerdem stehen die Arbeiter noch sehr im schwarzen Bann; und die Ultramontanen führen ihren geistigen Kampf gegen uns besonders durch Abtreibung von Sälen und dergleichen. Sogar am 1. Sonntag im Mai ist es bei uns gar zu oft nicht möglich, zu irgend einer Versammlung oder Festlichkeit ein Lokal zu bekommen. In Bochum und in Gelsenkirchen mögen wohl Einige für

B

eine allgemeine Feier am 1. Mai eintreten wollen, aber gerade der qualifizirte Theil der Bergarbeiter ist gegen ein solches Vorgehen.

Bebel: Wir müssen uns bei der gegenwärtigen Beschlußfassung darüber klar sein, daß der Beschluß, den wir fassen, erstens einmal für alle von uns gelten soll, und zweitens, daß er derjenige ist, der vielleicht am meisten von allen unseren Beschlüssen in der ganzen Welt beachtet und jedenfalls der Gegenstand sehr lebhafter und heftiger Angriffe auf dem nächsten internationalen Arbeiterkongreß in Zürich werden wird. Ich bin mir nun sehr wohl bewußt, daß wenn irgendwo die Arbeiter unter dem Beschluß, den wir vorschlagen, zu leiden haben, in eine ungünstige Position gedrängt werden, es unsere österreichischen Brüder sind. Ich will mich deshalb auch auf eine ausführliche Erörterung der Verhältnisse der Bruderparteien der verschiedenen Länder nicht einlassen, weil solche die Situation unserer Genossen in Oesterreich noch weiter verschlechtern würde. Gegen Dempwolf bemerke ich, daß von dem, was er über die Bourgeoisie in Oesterreich und bei uns gesagt hat, das Gegentheil richtig ist. Das Unternehmerthum ist bei uns viel rücksichtsloser und brutaler als irgendwo anders. Wenn wir demonstriren, müssen wir es in einem Maßstabe thun, der der Bedeutung der größten Partei Deutschlands Ehre macht. Wenn wir also nicht von vornherein eine Niederlage erleiden wollen, müssen wir in der Lage sein, wenigstens dieselbe Zahl zur Arbeitsruhe zu bewegen, welche wir am 20. Februar 1890 auf die Beine gebracht haben; wenn wir das nicht vermögen — und das ist bei weitem nicht zu erwarten — ist schon von vornherein die Niederlage da. Wir in Deutschland dürfen einen solchen Kampf nicht wagen, wenn wir nicht sicher sind, daß wir unter allen Umständen auch Sieger bleiben. Sehr richtig ist von Vollmar auf die neue Gewerbeordnung hingewiesen worden. Gar kein Zweifel, daß die Gerichte das Ruhenlassen der Arbeit gegen den Willen der Unternehmer als Kontraktbruch auffassen würden. Die Folgen desselben kennen wir ja, die fürchten wir auch nicht. Aber die weiteren Folgen, die Aussperrungen, die Arbeitslosigkeit! Sind wir in der Lage, gegebenenfalls in Deutschland hunderttausend Arbeiter, welche sicher aufs Pflaster geworfen werden, dauernd unterstützen zu können? Können wir das, dann sage ich: Demonstriren wir, erklären wir die Arbeitsruhe! Müssen wir aber zugeben, daß wir das nicht können — und es würde sich um eine wochen- und monatelange Unterstützung handeln — dann können wir die Demonstration nicht machen. (Sehr richtig!) Nun hat Adler mit seinen Schlußworten: So lange ihr vorwärts geht, habt ihr uns auf eurer Seite, wenn ihr rückwärts geht, nicht! großen Beifall gefunden. Zunächst sind wir in dieser Frage noch gar nicht rückwärts gegangen. Wir haben den Standpunkt der Oesterreicher nie

B

eingenommen. Andererseits aber erkläre ich offen: Wenn ich mich hinreißen lasse, einen Schritt zu thun, von dem ich nachher erkenne, daß er nicht im Verhältniß zu den dadurch erreichten Vortheilen steht, dann mache ich einen solchen Schritt nicht mehr. Wird die Arbeitsruhe beschlossen, trete ich selbstverständlich mit aller Kraft für sie und ihre Folgen ein, dann müssen wir alle unsere Energie für die Feier im größten Maßstabe aufbieten. Dann antworten die Gegner aber auch mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, denn so stehen sie heute nicht, daß sie vor uns zu Kreuze kriechen müssen. Wären wir schon so weit, die Demonstration siegreich durchführen zu können, dann hätten wir auch die Macht, noch viel mehr zu erreichen. Die deutschen Regierungen und die deutsche Bourgeoisie fassen aber die Demonstration ernst auf; der Kampf wird ausbrechen und wir nehmen ihn auf in der ungünstigsten Position. Die wirthschaftliche Krise, die Arbeitslosigkeit, werden bewirken, daß ein großer Theil der Arbeiter uns nicht folgt, weil sie sich sagen, wir verlieren die Arbeit, bekommen keine neue, und andererseits sind hunderttausende von Arbeitern in der Lage, in die Stellen der herausgeworfenen eintreten zu können — kurz, ich spreche es offen aus, die Bourgeois wären Thoren, wenn sie den von uns ihnen hingeworfenen Handschuh nicht aufnähmen. Und da sage ich nochmals, den Weg, auf dem ich eine Niederlage voraussehe, gehe ich nicht. Wenn ich mir das Kampffeld wählen kann, wähle ich mir das günstigste; jetzt sind wir in der Lage, es zu wählen. Anders, wenn es uns aufgezwungen wird, dann ist die Ehre der Partei engagirt, dann müssen wir mit allen Kräften den Kampf auskämpfen. Aber hier, wo die Niederlage unserer Partei in sicherer Aussicht steht, wo uns durch die Arbeitseinstellung kolosse materielle Opfer auferlegt werden? Dann brauchte die Regierung blos noch den Reichstag aufzulösen und kurz nach dem 1. Mai Neuwahlen vornehmen zu lassen, dann möchte ich das Resultat sehen!

Was nun die gestellten Abänderungsanträge betrifft, so rathe ich dringend von der Annahme des Antrags der Dresdener Genossen ab, so verführerisch sie scheint. Mit einer solchen Beschlußfassung, die den Genossen am Orte die freie Entscheidung über die Frage überlassen soll, ob die Arbeit am ersten Mai zu ruhen habe oder nicht, bringen wir sofort den Zwiespalt in unsere Reihen. Ebenso dringend bitte ich auch, alle jene Anträge abzulehnen, welche darauf hinausgehen, den Sonntag zu nehmen. In Brüssel ist der 1. Mai als der Tag der Demonstration festgesetzt worden, unsere Vertreter haben sich einmüthig dafür erklärt; alle, die in Brüssel waren, müssen daher alles aufbieten, die Genossen zu bestimmen, daß wenigstens am Abend des 1. Mai demonstrirt wird. Die Frage kommt ja sicher wieder in Zürich auf die Tagesordnung.

B

Die Engländer werden ja auch diesmal wieder am ersten Maisonntag demonstriren. Auch mir erscheint es am zweckmäßigsten, den ersten Sonntag beizubehalten, weil dann der Zweck der Demonstration ohne unverhältnißmäßige Opfer erreicht wird. Denn so liegt die Sache nicht, daß man die Feier des ersten Mai proklamirt, um einen Kampf à outrance mit der Bourgeoisie zu führen. Die Deutschen haben, vielleicht mit verschwindenden Ausnahmen, diese Meinung nie getheilt. Nun hat Adler dadurch, daß er sagte, durch die Feier nur am Abend werde die Demonstration so inhaltlos, daß man in Oesterreich ebenso gut am 1. November oder am 18. August, oder an jedem anderen Tage im Jahr, ein Fest feiern könnte, die Bedeutung der Sache — er mag mir das nicht übel nehmen — herabzusetzen versucht. In solchem Sinne feiern wir doch nicht den 1. Mai; wir wollen allerdings dem zu Grunde liegenden Gedanken der Internationalität in den Versammlungen am Abend des 1 Mai Ausdruck geben. Adler's Auffassung ist also eine falsche. Wäre der 1. Juli oder der 1. November genommen worden, so würden wir diesen feiern, da aber der 1. Mai genommen ist, so feiern wir ihn, machen aber von dem Rechte Gebrauch, wie es in Paris beschlossen worden ist, zu handeln, wie es uns den gegebenen Umständen gemäß am zweckmäßigsten erscheint. Die Gleichzeitigkeit der Demonstration ist das Entscheidende.

Gegen die Fraktionsbeschlüsse zur Maifeier haben sich Grünwald und Dempwolf gewendet. Darüber können sich doch Grünwald und die Hamburger nicht täuschen, daß wenn die Fraktion und die Partei die allgemeine Maifeier proklamirt hätte, die Niederlage in Hamburg doch eingetreten wäre. Sie war dadurch gegeben, daß 1890 in einer ganzen Reihe von Gewerben, besonders im Baugewerbe, eine ganz außerordentlich ungünstige Konjunktur vorhanden war und daher die Unternehmer den Kampf aufnahmen, um für die vielen Siege, die die Arbeiter über sie gewonnen hatten, einmal Revanche zu nehmen. Der sechs Monate später ausgebrochene Zigarrenarbeiterstreik bewies noch schlagender die Richtigkeit meiner Behauptung; ganz Hamburg, ganz Deutschland stand hinter den Zigarrenarbeitern, und konnte doch den Streik nicht retten. (Zustimmung.) — Indem wir heute allen Arbeitern abrathen, Streiks zu provoziren, weil sie der Niederlage gewiß sind, müssen wir auch von einer Demonstration durch Arbeitsruhe am 1. Mai abrathen, von der es außer allem Zweifel steht, daß sie eine sichere Niederlage bringt! (Lebhafter Beifall.)

Ein von Metzner-Berlin befürworteter, von Singer bekämpfter Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt.

Löwenstein-Nürnberg: Mein Antrag, daß am ersten Sonntag im Mai Demonstrationen und Umzüge stattfinden können, entspricht der Stellungnahme der Nürnberger Genossen und meiner eigenen

B

Anschauung. Zur Begründung kann ich mich wohl einfach auf das berufen, was die Hamburger zu ihrem Antrag, was Bebel und Vollmar für die Resolution als solche gesagt haben. Die logische Folge der Ausführungen dieser Beiden ist doch die, daß wir ein solches Amendement annehmen, welches den Gesinnungen der Genossen im Lande, die wegen der Undurchführbarkeit der Arbeitsruhe größtentheils für eine Sonntagsdemonstration sind, entgegenkommt.

Dr. Adler: Die Frage ist eine so internationale, wie wir keine andere haben. Wollen Sie sich nur ruhig fragen: Wie weit ist es denn eigentlich her mit den internationalen Zusammenhängen, von denen wir so viel sprechen? Die sozialistischen Parteien haben sie nur durch internationale Kongresse und durch den 1. Mai, und nur die Maifeier ist ins Volksbewußtsein eingedrungen, von den Kongressen weiß das Volk eigentlich recht wenig. Gerade aus diesem Grunde ist die Maifeier nicht so anzusehen, wie sie Vollmar dargestellt hat. Der Gedanke, daß in einer Stunde, zu derselben Zeit, soweit die kapitalistische Ordnung herrscht, die Proletarier alle von einer Idee erfüllt sind, ist ein viel tieferer, viel revolutionärerer, als der, der allein mit dem Arbeiterschutz gegeben ist; das gleichsam religiöse Moment, das hierin liegt, dürfen wir nicht übersehen, und ich möchte Sie bitten, sich doch unsere Gegner daraufhin anzusehen. Die unterschätzen diese Gefühlsdinge wahrlich nicht. Glauben Sie, daß die Kirchen von der Bourgeoisie etwa nur deshalb so gefördert werden, weil die Bourgeoisie religiös ist! Das war und ist sie nicht, sie weiß aber, wie diese Gefühlsmomente auf die Massen wirken, und macht sich das zu Nutze. Wir thun sehr gut daran, unserer Bewegung ein solches Moment des Enthusiasmus einzuverleiben.

Ich bin Vollmar sehr dankbar für die außerordentlich höfliche Abschlachtung, die er mir hat zu Theil werden lassen (Heiterkeit); er wie auch Bebel haben nur gesagt, sie seien nicht eigensinnig. Glauben Sie ja nicht, daß bei uns in Oesterreich diese Richtung, die ich hier vertrete, auf Eigensinn beruht. Wir würden sofort zurücktreten, wenn wir glauben würden einen Fehler begangen zu haben. Wir haben aus dem 1. Mai eine Kraft der Begeisterung gezogen, die wie das Umpflügen eines vom Pflug noch nie berührten Urgebietes gewirkt hat; wo wir mit unserem Programm, mit unseren schönsten Reden noch lange nicht hinkommen, da hat die Maifeier feste Wurzel in den Herzen des Proletariats in einer Weise geschlagen, daß sie nicht wieder herausgerissen werden kann. Daß Ihrerseits ein Rückzug angetreten wird, das kann Bebel nicht läugnen. In Deutschland haben Sie uns ja auch schon einen Schlag versetzt im Jahre 1890, doch haben Sie damals die Arbeitsruhe wenigstens offen gelassen; heute aber sagen Sie direkt: Nein! Wir wollen die Arbeitsruhe nicht. — Bebel meint, die Bourgeoisie

B

würde den Kampf aufnehmen, und sagt zugleich, die Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie könne ihn nicht siegreich ausfechten, und wenn sie es könnte, dann könnte sie noch viel Größeres erreichen. Wir sind gewiß in Oesterreich schwächer als die deutsche Sozialdemokratie und haben viel zu arbeiten, bis wir nachkommen, aber bei uns stehen die Dinge so wie überall: Man kann die Macht haben, einen Schritt zu machen, aber darum hat man noch nicht die Macht, alle zu machen; Sie können manches durchsetzen, anderes nicht. Wenn Sie sagen, Sie halten es nicht für gut, an diesem Punkt, der nur eine Demonstration ist, die Kraft der Partei anzusetzen, so sagt sich das die Bourgeoisie auch. Sie will nicht mit sämmtlichen Arbeitern in Oesterreich bloß wegen des 1. Mai den Kampf aufnehmen, und sie wird das im nächsten Jahre um so weniger thun, aus einem hier noch gar nicht berührten Grunde. Im Jahre 1891 war die Maifeier so schwer auszuführen, weil der 1. Mai auf einen Freitag fiel. Das liegt im nächsten Jahre völlig anders. Es giebt für den 1. Mai gar nichts Günstigeres als daß er, wie 1893, ein Montag ist, und darum erkläre ich, wenn Sie den Beschluß fassen, und Sie werden ihn ja fassen, denn für meinen Standpunkt hat bloß einer und nur für seine Person gesprochen —, daß Sie in diesem Jahre die Arbeitsruhe nicht haben, dann werden Sie sie überhaupt nicht mehr haben!

Sie werden den Beschluß fassen, ich bin davon überzeugt; er bedeutet für uns entschieden eine Erschwerung der Situation. Wir müssen in Oesterreich auch mittheilen, daß wir diesen Beschluß für einen Fehler halten, aber wir werden unseren Genossen auch erzählen, daß die deutschen Parteigenossen den Beschluß, den wir bedauern, mit voller Ueberlegung und im Gefühl ihrer Verantwortung gefaßt haben. (Beifall.) Diesen Eindruck habe ich; Vielen wird es nicht leicht, diesen Beschluß zu fassen. Das ist das Einzige, was für uns die Sache leichter macht und uns das Bewußtsein giebt, daß, wenn wir in dieser speziellen Frage nicht harmoniren können, wir doch in den andern Fragen geeint dastehen werden! (Lebhafter Beifall.)

Hoch-Frankfurt: Nach meiner Ansicht liegt die Bedeutung des 1. Mai nicht sowohl in der Demonstration gegen die herrschenden Klassen, gegen die Regierung und gegen die Kapitalisten, sondern in der Demonstration für die Arbeiter, für das arbeitende Volk. Stellen wir uns auf diesen Boden, so können wir voll und ganz den Werth jenes Moments zugeben, welches Adler betont, daß zur gleichen Stunde die Arbeiterschaft der ganzen Welt sich in dieser Forderung vereint. Man darf aber den Begriff der gleichen Stunde nicht zu eng fassen, es genügt, wenn am gleichen Tage die Arbeiterschaft der Welt von dem Gedanken beseelt wird. Da frage ich: können wir denn dem Tage nicht die größere Bedeutung geben, indem wir

B

einen möglichst großen Kreis heranziehen? Am 1. Mai halte ich fest. Die Form der Resolution aber sollte dahin geändert werden, daß eine möglichst große Betheiligung erzielt werden kann. Allerdings empfehle ich das nur der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe. Ich beantrage daher, den letzten Absatz dahin abzuändern, daß die Feier am Abend des 1. Mai abzuhalten ist, weitergehende Veranstaltungen aber den Genossen der einzelnen Orte anheimgestellt. sein sollen. Wo sie in der Lage sind, in größerer Zahl die Arbeit niederzulegen, da sollen sie es thun. Vollmar's Antrag hat keine praktische Bedeutung, wir werden im nächsten Jahre wieder eine Debatte haben, weil wir von der allgemeinen Feier allein unter dem Druck der heutigen ungünstigen wirthschaftlichen Lage absehen.

Gegen einen Schlußantrag, den Schmidt (Zwickau) einbringt, wendet sich Dreesbach. Derselbe wird abgelehnt.

Flöther-Bückeburg: Die Masse der deutschen Arbeiter ist 10, 11, 12 Stunden am Tage beschäftigt und kann unmöglich am Abend des 1. Mai demonstriren. Deßhalb müssen wir beschließen, daß der erste Sonntag im Mai definitiv für die Feier festgesetzt wird. Bleiben wir bei dem jetzigen Zustand, so wird unsere Agitation durch die Maifeier nur eine minimale sein. Der erste Sonntag im Mai muß der Feiertag für die gesammte Arbeiterschaft werden. Daran anschließend muß die Partei, um die ländliche Bevölkerung aufzuklären, ein Flugblatt über die Bedeutung der Maifeier für die ländlichen Arbeiter abfassen und verbreiten lassen.

Stegmann-Braunschweig: Da die Braunschweiger am Abend des 1. Mai wegen der Polizei nicht demonstriren können, so empfehle sich für sie, wenn der Hamburger Antrag mit angenommen würde. Die Ausführungen des Mannheimer Delegirten seien hinfällig, die ökonomischen Verhältnisse und der Hunger seien bedeutend stärker als die schönsten Reden.

Strunck-Solingen: Wir haben den Zusatz zur Resolution beantragt: „und wo dies durch die örtlichen Verhältnisse unthunlich ist, dieselben am ersten Sonntag im Mai abzuhalten." Bei uns und in anderen westlichen Kreise ist die Abhaltung der Feier am 1. Mai absolut unthunlich, weil dieser Tag der Hauptumzugstag ist, wo also gerade das Proletariat seine wenigen Habseligkeiten von einer Wohnung nach der andern schleppen muß; mit der Abhaltung eines Festes würden wir da gründlich hineinfallen.

Wartmann-Friedrichshagen: Auch ich halte es für durchaus verkehrt, vollständige Arbeitsruhe zu fordern, aber für ebenso verkehrt, das Ruhenlassen zu verbieten. Die Gefühle, die Adler beseelen, kann ich sehr wohl begreifen. Er hält auch dafür, daß der Werth des Ganzen verloren geht, wenn wir nicht an dem Pariser Beschluß festhalten. Auf die Feier eventuell am

Sonntag sollten wir unter keinen Umständen eingehen. Durch dieses Hin- und Herschwanken, durch diese ewige Ungewißheit verliert die Sache so sehr an Werth, daß schließlich nichts als ein großes Parteivergnügen dabei herauskommt.

Niehoff-Hannover bringt folgenden Antrag ein:

„Ein Flugblatt zum 1. Mai herauszugeben, welches die Bedeutung des 1. Mai klarlegt, und dieses Flugblatt in ganz Deutschland am Sonntag vor dem 1. Mai zu verbreiten."

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Zaffke-Offenbach: Die Unmöglichkeit, die Arbeit ruhen zu lassen, liegt für die deusche Arbeiterschaft vor mit Rücksicht auf die allgemeinen wirthschaftlichen Verhältnisse. Adler irrt darin, daß er meint, die Bourgeosie würde sich wohl hüten, die Arbeiter insgesammt aufs Pflaster zu werfen, da sie ohne sie doch nicht bestehen könne; er übersieht, daß sie heute sehr wohl in der Lage ist, die Fabriken auf einige Wochen zu schließen. Von den gestellten Anträgen ist nur der Hamburger annehmbar. Solche öffentlichen Demonstrationen können ja durchaus nicht schaden, vielmehr für den betreffenden Ort nur von Vortheil sein.

Von Klüß-Elmshorn läuft ein fernerer Antrag ein, wonach am 1. Mai durch Verbreitung von Flugblättern und Abhaltung von Versammlungen demonstrirt werden soll, es aber den Parteigenossen überlassen bleibt, weitergehende Veranstaltungen am ersten Sonntag im Mai zu unternehmen.

Wiederum wird ein Schlußantrag gestellt. Schmalfeldt befürwortet denselben. Kalnbach-Karlsruhe bittet dagegen, die Vertreter aus West- und Süddeutschland noch zu hören.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Das Schlußwort erhält

Berichterstatter Gerisch: Auch mir ist es schwer geworden. unsere Resolution Ihnen zu unterbreiten, weil ich auch bei der ersten Maifeier mit allem Feuer für die allgemeine Arbeitsruhe eingetreten bin. Aber unter dem Zwange der Verhältnisse konnte ich mich der Erkenntniß nicht verschließen, daß die veränderte Lage eine andere Taktik bedingt. Nun liegt ein Antrag vor, daß 8 Tage vorher ein Flugblatt herausgegeben werden soll, welches die Bedeutung der Maifeier klarlegt. Ich halte diesen Antrag für unannehmbar, weil wir speziell zum Maifest eine Zeitung herausgeben, die diesen Zweck in der ausgiebigsten Weise erfüllt. Entweder das eine oder das andere. Wenn der Genosse Adler meinte, an einem und demselben Tage müßten alle Proletarier von demselben Geiste beseelt die Feier begehen, so halten wir eben darum an dem 1. Mai fest.

Zur Abstimmung liegt folgender Antrag vor:

„In Erwägung der großen Bedeutung, welche die Art und

Weise der Maifeier für unsere Partei hat und welches jedem Mitglied des Parteitages die eingehende Prüfung sämmtlicher vorliegenden Anträge zur besonderen Pflicht macht, wird die namentliche Abstimmung über sämmtliche Anträge beantragt."

Vor der namentlichen Abstimmung wird noch über den Antrag Niehoff abgestimmt. Derselbe wird abgelehnt.

Die namentliche Abstimmung hat folgendes Ergebniß:

Die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai wird von 236 Delegirten verneint und zwar: Albrecht, Antrick, Augustin, Auer, Baader, Bamberger, Bartels, Baudert, Bogs, Bebel, Beims, Bell, Bennewitz, Baerer, Berndt, Bertram, Betz, Birk, Blos, Bökert, Böhle, Böhmer, Bock, Borgmann, Borkmann, Börner, Brey, Breil, Brinkmann, Bueb, Cartensen, Colditz, Daßbach, Demmler, Diederich, Dreesbach, Drescher, Dreyer, Dubber, Eckermanns, Efflinge, Ehrhart, Emmel, Ewald, Faber, Feldmann, Fickert, Fischer (Berlin), Fleischer, Fleischmann, Fleißner, Flöther, Förster, Franzen, Fräßdorf, Fritz, Frohme, Fülle, Galm, Geiger, Geilert, Gerber, Gerisch, Germer, Geyer, Glaser, Glocke, Göschl, Göthel, Gottlieb, Gottschalk, Gradnauer, Greiner, Grosser, Grünberg, Grünwald, Grumbt, Haug (Freiburg), Haugk (Frohburg), Haverkamp, Heine (Halberstadt), Heine (Ottensen), Heinrich, Heinzel, Hellsinger, Hengsbach, Herbert, Herder, Herrling, Herschel, Hildenbrand, Hoch, Hofmann (Thalheim), Hofmann (Chemnitz), Hoffmann (Zeitz), Horn, Hug, Hülle, Jacobey, Jähnig, Joest, Johannes, Jochem, Jordan, Irmscher, Kaden, Kalkhorst, Kalnbach, Kant, Katurbe, Kayser, Keiner, Keßler, Kiesel, Klees, Klein, Klüß, Könen, König, Konrad, Krahl, Krause (Potsdam), Krause (Gesau), Krüger, Kunert F., Kunert M., Kurth, Lanke, Leander, Legien, Laisiepen, Leopold, Liebknecht, Lingner, Litzinger, Lorenz, Lotz, Löwenstein, Lutz, Magnus, Mahlke, Mathes, May, Meist, Meister, Metzger, Metzner, Misselhorn, Mittag, Morawski, Möller, Müller (Auerbach)), Müller (Reichenbach), Niedendorf, Niehoff, Opificius, Orbig, Paetzel, Paris, Pfütze, Pfund, Rauh, Recker, Reinhardt, Reißhaus, Reuter, Rienäcker, Rödiger, Röhring, Rohrlack, Rüdt, Salomon, Säckler, Salzberg, Schauer, Scheffler, Schlegel, Schmalfeldt, Schmidt (Friedberg), Schmidt (Zwickau), Schmidt (Torgelow), Schmidt (Berlin), Schmidt (Pirmasens), Schneider, Schönfeld, Schüler, Schulz (Berlin), Schulze (Kossebaude), Schulze (Bernburg), Schulz (Wenigenjena), Schultze (Königsberg), Schumacher, Schumann, Schütz, Schwartz, Schweer, Seifert, Seige, Silberschmidt, Singer, Sittig, Slomke, Sparr, Stabernack, Stamm, Starke, Steensatt, Stegmann, Stolle, Stolpe, Storch, Strunck, Stüven, Taetorow, Tempel, Theiß, Tietz, Tutzauer, Ullenbaum, Ulrich, Urban, Vogtherr, Vollmar, Wartmann. Wassermann, Weber, Weiland, Weirich, Wengels, Wentzel, Wernicke, Wilke, Winterblum, Wurm, Zaffke, Zetkin.

B

Mit Ja stimmten 5 Delegirte: Arndt, Häckel, Labjuhn, Metzschke, Schrolle.

Der Abstimmung enthielten sich: Dempwolf, Körsten.

Es folgt die namentliche Abstimmung über die zweite prinzipielle Frage, ob die Maifeier am 1. Mai oder am ersten Sonntag im Mai stattfinden soll.

Für die Feier am 1. Mai stimmten 167 Delegirte und zwar: Albrecht, Antrick, Arndt, Augustin, Baader, Baudach, Bebel, Beims, Bennewitz, Berndt, Baerer, Bertram, Betz, Birk, Bökert, Boehle, Böhmer, Bock, Borgmann, Borkmann, Börner, Brey, Breil, Brinckmann, Cartensen, Colditz, Daßbach, Demmler, Dempwolf, Diederich, Drescher, Dreyer, Eckermanns, Efflinge, Ewald, Faber, Feldmann, Fleischmann, Fleißner, Frantzen, Fräßdorf, Fritz, Fülle, Galm, Geiger, Geilert, Gerber, Gerisch, Geyer, Glocke, Göthel, Gradnauer, Grosser, Grünberg, Grünwald, Häckel, Haug (Freiburg), Haugk (Frohburg), Haverkamp, Hellsinger, Hengsbach, Herbert, Herrling, Herschel, Hildenbrand, Hoch, Hofmann (Chemnitz), Hoffmann (Zeitz), Horn, Hülle, Jacobey, Jähnig, Johannes, Jochem, Irmscher, Kaden, Kalnbach, Kandt, Keßler, Kiesel, Klees, Klein, Klüß, Koenen, König, Körsten, Konrad, Krause (Gesau), Krüger, Kunert F., Kunert M., Kurth, Labjuhn, Leander, Legien, Leopold, Liebknecht, Lorenz, Lutz, Mathes, May, Meist, Metzger, Metzner, Morawski, Möller, Müller (Auerbach), Müller (Reichenbach), Niedenhoff, Opificius, Orbig, Paetzel, Pfund, Rauh, Recker, Reinhardt, Reißhaus, Rienäcker, Rödiger, Rohrlack, Rüdt, Salzberg, Schaur, Scheffler, Schlegel, Schmalfeldt, Schmidt (Friedberg), Schmidt (Berlin), Schneider, Schönfeld, Schrolle, Schultze (Königsberg), Schulz (Berlin), Schulz (Wenigenjena), Schulze (Kossebaude), Schulze (Bernburg), Schweer, Seifert, Seige, Silberschmidt, Singer, Slomke, Sparr, Stabernack, Steenfatt, Stegmann, Stolle, Stolpe, Storch, Stüven, Taeterow, Tempel, Theiß, Tutzauer, Ulrich, Ullenbaum, Vogtherr, Wartmann, Wassermann, Weiland, Wengels, Wentzel, Wernicke, Wilke, Wurm, Zaffke, Zetkin.

Für die Feier am ersten Sonntag im Mai stimmten 73 Delegirte und zwar: Auer, Bamberger, Bartels, Blos, Bogs, Bell, Bueb, Dreesbach, Dubber, Ehrhart, Emmel, Fickert, Fischer (Berlin), Flöther, Förster, Frohme, Germer, Glaser, Göschl, Gottlieb, Gottschalk, Greiner, Grumbt, Heine (Halberstadt), Heine (Ottensen), Heinrich, Heinzel, Herder, Hofmann (Thalheim), Hug, Joest, Jordan, Kalkhorst, Katurbe, Kayser, Keiner, Krahl, Krause (Potsdam), Lauke, Laisiepen, Lingner, Litzinger, Lotz, Löwenstein, Magnus, Mahlke, Meister, Misselhorn, Mittag, Niehoff, Paris, Pfütze, Reuter, Röhring, Salomon, Säckler, Schmidt (Zwickau), Schmidt (Torgelow), Schmidt (Pirmasens), Schüler, Schumacher, Schumann, Schütz, Schwartz, Sittig, Starke, Strunck, Tietz, Urban, Vollmar, Weber, Weirich, Winterblum.

B

Vorsitzender: Es ist also im Prinzip anerkannt, daß die Feier am 1. Mai stattfinden soll. (Lebhafte Zustimmung.) Durch diese Abstimmung erledigen sich sämmtliche entgegenstehende Anträge.

Ueber die Frage, ob noch weitere Anträge zur Abstimmung gebracht werden sollen, erhebt sich eine Geschäftsordnungsdebatte. Namentlich wird von den Hamburger Genossen eine besondere Abstimmung über ihren Antrag gewünscht.

Der Antrag auf einfachen Uebergang zur Tagesordnung wird gegen 10 bis 12 Stimmen angenommen.

Die Resolution Gerisch wird gegen einige Stimmen angenommen.

Es ist der Antrag eingegangen, zu Punkt 8 der Tagesordnung: Das Genossenschaftswesen, der Boykott und die Kontrollschutzmarke, einen Korreferenten zuzulassen mit derselben Redezeit wie sie der Referent hat.

Der Antrag wird von Stolle-Gesau befürwortet.

Auer ist dagegen. Niemand im Saale wisse, welche Stellung der Referent zu diesen Fragen einnehme. Ein Korreferent würde überflüssig sein, wenn sich in Bezug auf das Referat keine Meinungsverschiedenheit in der Versammlung zeige. Sollte dies aber doch der Fall sein, so könnten ja die Opponenten immer noch einen Korreferenten aus ihrer Mitte wählen.

Der Antrag Stolle wird abgelehnt.

Es ist die Anfrage eingelaufen, ob der Parteitag nicht den heutigen freien Nachmittag benutzen wolle, um die Gräber der Märzgefallenen zu besuchen. Der Vorsitzende theilt mit, daß das Berliner Lokalkomitee gern bereit sei, die Führung der Delegirten nach dem Friedrichshain zu übernehmen.

Schluß 1½ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Freitag, den 18. November.

Vormittagssitzung.

9½ Uhr. Vorsitzender Singer eröffnet die Verhandlungen mit der Bekanntgabe zahlreicher weiterer Zuschriften an den Parteitag. Aus Reichenberg in Böhmen geht von der sozialdemokratischen Landesvertretung Nordböhmens ein Gruß ein.

Vom Delegirten Lütgenau liegt eine Erklärung vor, worin er bedauert, in Folge Unwohlseins der gestrigen Sitzung nicht haben beiwohnen können; er würde bei der namentlichen Abstimmung gegen die Arbeitsniederlegung und für den 1. Mai gestimmt haben.

Zur Verhandlung steht Punkt 6 der Tagesordnung:

Staatssozialismus und revolutionäre Sozialdemokratie.

Dazu liegt folgende Resolution vor:

„Der Parteitag erklärt:

Die Sozialdemokratie hat mit dem sogenannten Staatssozialismus nichts gemein.

Der sogenannte Staatssozialismus, insoweit er auf die Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken hinzielt, will den Staat an die Stelle der Privatkapitalisten setzen und ihm die Macht geben, dem arbeitenden Volk das Doppeljoch der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Sklaverei aufzuerlegen.

Der sogenannte Staatssozialismus, insoweit er sich mit Sozialreform oder Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen beschäftigt, ist ein System von Halbheiten, das seine Entstehung der Furcht vor der Sozialdemokratie verdankt. Er bezweckt, durch kleine Konzessionen und allerlei Palliativmittel die Arbeiterklasse der Sozialdemokratie zu entfremden und diese dadurch zu lähmen.

Die Sozialdemokratie hat nie verschmäht, solche staatliche Maßregeln zu fordern oder — falls von anderer Seite vorgeschlagen — zu billigen, welche eine Hebung der Lage der Arbeiterklasse unter dem gegenwärtigen Wirthschaftssystem herbeiführen könnten. Sie betrachtet solche Maßregeln aber nur als kleine Abschlagszahlungen, die ihr Streben nach der sozialistischen Neugestaltung des Staates und der Gesellschaft in keiner Weise beirren.

Die Sozialdemokratie ist ihrem Wesen nach revolutionär, der Staatssozialismus konservativ. Sozialdemokratie und Staatssozialismus sind unversöhnliche Gegensätze."

W. Liebknecht. Vollmar.

Berichterstatter Wilhelm Liebknecht: Nachdem die Resolution, welche ich mit Freunden zusammen ausgearbeitet habe, auch von Vollmar unterzeichnet worden ist, wird die Debatte einen anderen, als den von Vielen erwarteten Charakter annehmen; und da durch Vollmar's Unterzeichnung jeder Differenzpunkt geschwunden ist, so bin ich bei meinem Referat nicht genöthigt, mich so weit als es sonst nöthig gewesen wäre, in Einzelheiten einzulassen. Auf Eins möchte ich vorweg aufmerksam machen. Es ist gegen mich vielfach der Vorwurf erhoben worden, daß ich diesen „Streit" vom Zaune gebrochen habe; man hat sogar davon gesprochen, daß für mich persönliche Momente maßgebend gewesen seien. Das ist nicht der Fall. Wenn der „Vorwärts" diese Polemik begonnen hat, so ist er nach meiner innersten Meinung hierzu verpflichtet gewesen und die Ausführlichkeit der Debatte, welche sich in der Presse entsponnen hat, zeigt,